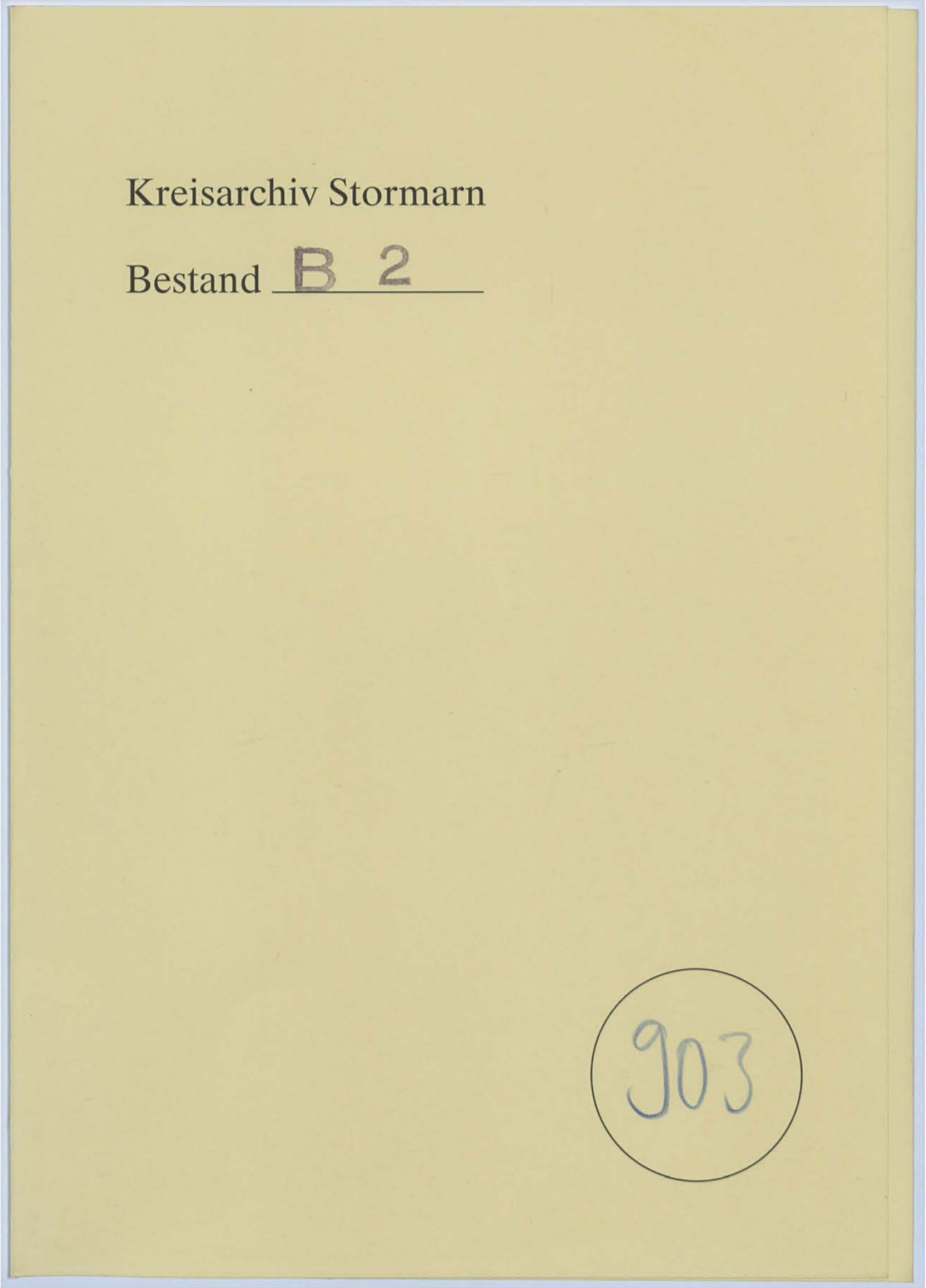
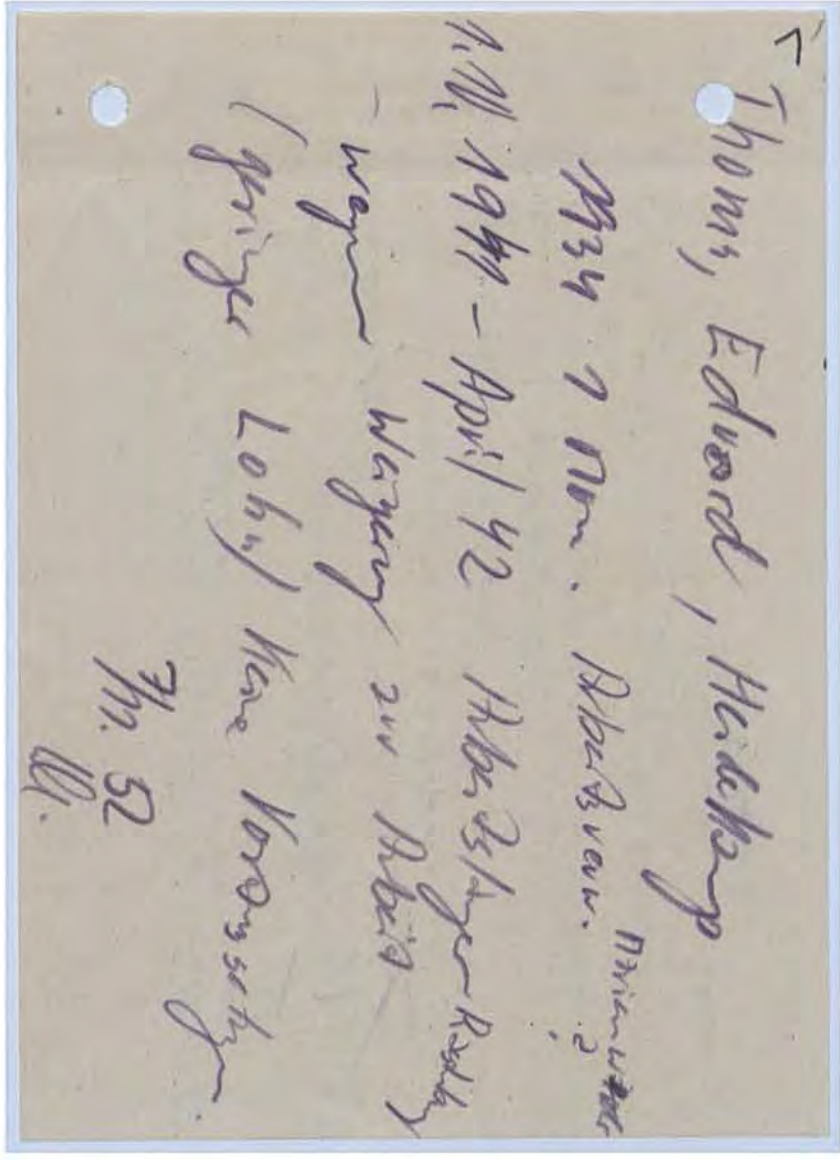


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



2

Eduard Thoms
Heidekamp

Heidekamp , d. 12. 11. 52
14. 11.

An den
Kreissonderhilfsausschuß
B a d O l d e s l o e
Kreisverwaltung Zimmer 43

Betr. : Zahlung einer Beihilfe.

Am 1.10.1941 wurde ich ins Lager Rastenburg Ostpr. zwangsweise zur Arbeit bei einem Stundenlohn von 0.30 RM eingezogen. Auf Grund eines ärztlichen Attestes wurde ich am 1.4.1942 wieder entlassen. Das angeführte Lager war ein K.Z. Lager. Da ich mich auf Grund der Krankheit meiner Ehefrau geweigert hatte, zur Arbeit in das erwähnte Lager zu gehen, wurde ich zwangsweise überführt und bis April 1942 dort festgehalten. Ich habe bisher für diese Zeit keine Entschädigung beantragt. Ich bitte nunmehr, da bei mir durch die Krankheit meiner Ehefrau ein besonderer Notstand eingetreten ist, mir eine monatliche Unterstützung, oder wenn dieses nicht möglich sein sollte, eine einmalige Beihilfe zu gewähren. Als Zeugen für die o.a. Zeit kann ich die Familie Amling, Hamberge, Kr. Stormarn anführen. Die Zeugen können meine Angaben bestätigen. Für eine baldige Nachricht wäre ich äußerst dankbar.

Hochachtungsvoll !
Thoms

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
Sozial- u. Jugendamt
4 - 1/8 M. 1142

Bad Oldesloe, den 18. 10. 52

An die
Stadt / Amts / Verwaltung
in Reinfeld

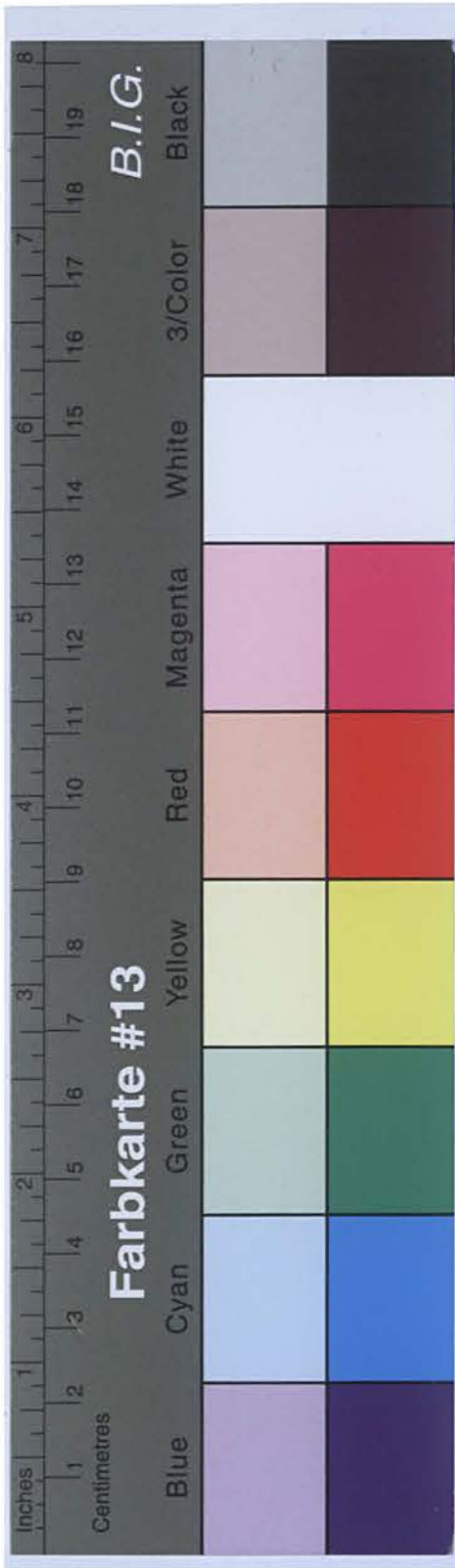
In der Rentenangelegenheit des Kfr.
Gertrud Maria
wohnhaft in Rehkroft
wird um Mitteilung gebeten, ob die genannte Person Flüchtling ist.
Ist der Benannte Beschädigter des Krieges 1914 - 1918 oder 1939 - 1945 ?
Im Auftrage des Landrates:
Wehse
Stabschef

Amt Reinfeld-Land
Reinhold Kämmer
Nr. 1

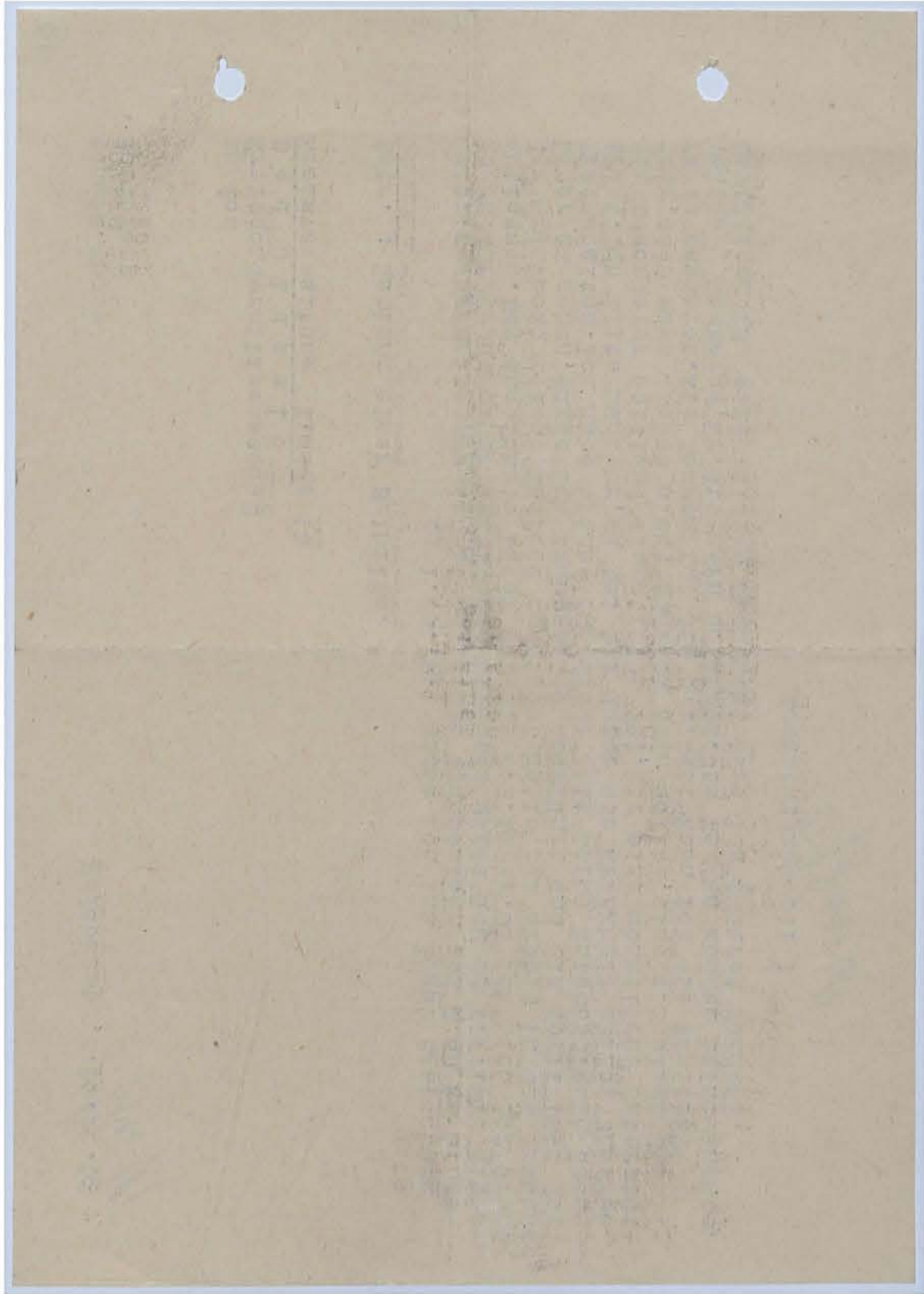
Zurücksenden!

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



3

Eidesstattliche Erklärung.

Vorgeladen erschien heute vor der Amtsstelle

Eduard T h o m s
(Name)

wohnhaft in Heidekamp geb.: 21.5.1895

in P l y m o n t h / A m e r i k a und gab folgende Erklärung ab:

Ich habe bei dem Kreissonderhilfsausschuss in Bad Cidesloe den Antrag auf Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus gestellt.
Zur Vervollständigung meiner Personalakte bei dem Kreissonderhilfsausschuss gebe ich hiernit folgende Erklärung an Eides Statt ab, nachdem ich auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung, insbesondere die Strafbarkeit einer falschen derartigen Erklärung belehrt worden bin:

x) Ich bin niemals Mitglied der NSDAP, oder ihrer Gliederungen gewesen.

~~Ich bin Mitglied folgender Organisationen gewesen:~~

NSDAP.	vom	Entfällt	bis
SS	vom	Entfällt	bis
HJ	vom	Entfällt	bis
SA	vom	Entfällt	bis
NSDO	vom	Entfällt	bis
NSKK	vom	Entfällt	bis
NSDSTB	vom	Entfällt	bis
NSF	vom	Entfällt	bis
NSFK	vom	Entfällt	bis

Reinfeld, den 1. Dezember 1952

1951m

(Unterschrift)

Beglaubigt:

(Siegel)

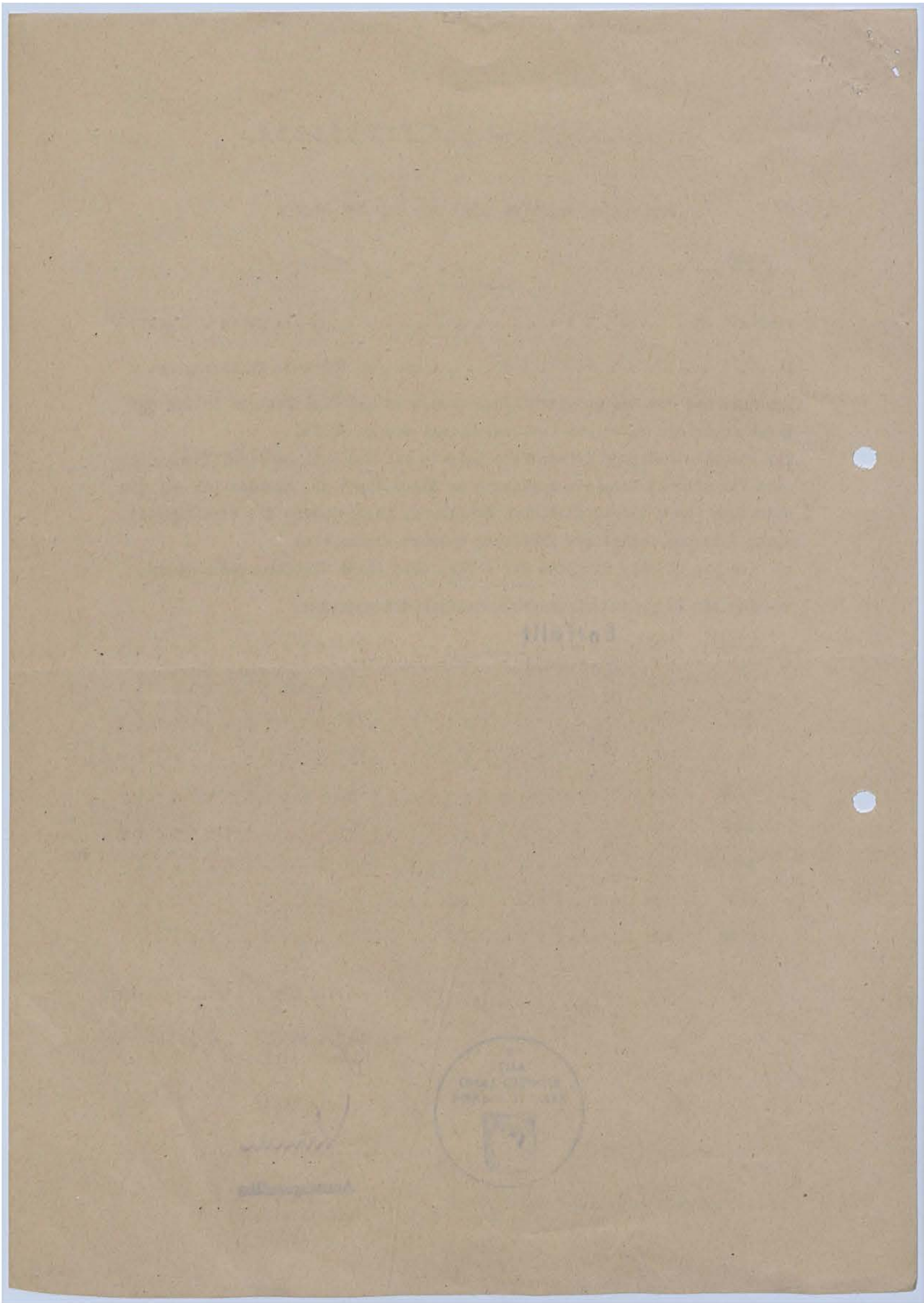
Amtsangehöriges

(Dienststellung)

x) Nichtzutreffendes streichen.



Kreisarchiv Stormarn B2



4

P r o t o k o l l

der 95. Sitzung des Kreissonderhilfe-
ausschusses Stormarn am 5. Dezember 1952.

Es waren anwesend:

1. Herr Siege,	Vorsitzender
2. Frau Hilmann,	Beisitzerin
3. Herr Rughase,	stellv. Beisitzer
3. Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag des Eduard T h o m s in Heidekamp auf Gewährung einer Beihilfe.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Antrag abzulehnen, weil der Antragsteller nicht als polit. Verfolgter anerkannt ist. Die von ihm ausserdem gemachten Angaben können eine Anerkennung als polit. Verfolgter nicht rechtfertigen. Wenn eine Unterstützung erforderlich ist, so ist der Antrag der zuständigen Amtsverwaltung unmittelbar einzureichen. Eine Gewährung durch den Kreissonderhilfeausschuss ist nicht möglich.

Die Angabe, vom 1.10.41 im Lager Rastenburg zwangsweise eingewiesen zu sein, ist durch Unterlagen nicht nachgewiesen. Auf Grund der eigenen Darstellung des Antragstellers kann jedoch nicht angenommen werden, dass die Einweisung aus polit. Gründen erfolgte. Die Voraussetzungen für eine Anerkennung als polit. Verfolgter im Sinne des Gesetzes vom 4.3.48 in Verbindung mit der Anweisung der brit. Militärregierung vom 22.12.45 sind somit nicht gegeben. Der Antrag auf Anerkennung ist somit abzulehnen.

Gegen diesen Beschluss steht dem Antragsteller das Recht der Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung an den Sonderhilfeausschuss des Landes in Kiel zu. Eine etwaige Beschwerde sind bei dem Kreissonderhilfeausschuss in Bad Oldesloe einzureichen.

Eduard Thoms
Beisitzerin

Siege
Vorsitzender

Dabelstein
stellv. Beisitzer
Geschäftsführer.

5

17. November 1952.

Sonderhilfeausschuss
4-1/9 Thoms-D./-

An die
Amtsverwaltung
Reinfeld-Land,

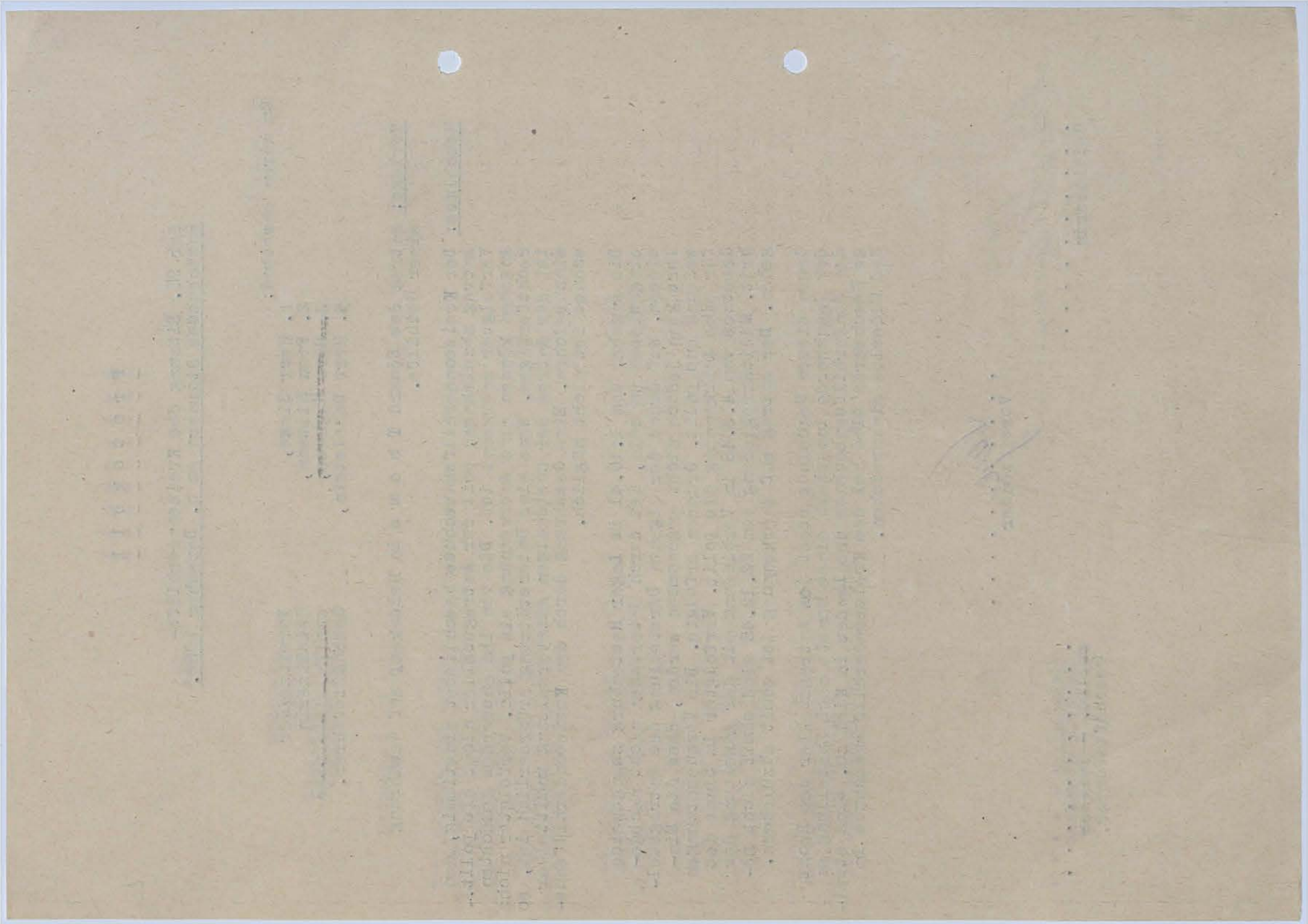
Reinfeld.

H. M. M.

Der in Heidekamp wohnhafte Eduard Thoms hat bei mir den Antrag auf Haftentschädigung gestellt und angegeben, vom 1.10.1941 zwangsweise in ein Lager Rastenburg eingewiesen worden zu sein. Das Lager soll ein KZ.-gewesen sein. Da u.a. auch Voraussetzung ist, dass der Antragsteller den Antrag bis zum 1.8.1950 stellte und weiter am 1. Januar 1948 im Lande Schleswig-Holstein wohnhaft gewesen sein muss, bitte ich um Erteilung einer Meldebescheinigung, woraus ersichtlich ist, seit wann Thoms in Heidekamp polizeilich gemeldet ist. Weiter bitte ich mit ihm die anliegende eidesstattliche Versicherung hinsichtlich evtl. Mitgliedschaften zur NSDAP oder deren Gliederungen entgegen zu nehmen.

Für eine baldige Stellungnahme bzw. Übersendung der Unterlagen wäre ich sehr dankbar.

Im Auftrage des Landrates:



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



6

Aufenthaltsbescheinigung

Der Eduard Thoms
(Vor- und Zuname)

(Beruf) Arbeiter

geboren am: 21. 5. 1895 zu Plymouth
(Ort)
(Kreis, falls Ausland auch Staat)

ist vom 10. Februar 1945 bis heute ununterbrochen
in Heidekamp, Krs. Stormarn gemeldet gewesen.
(Ort, Kreis)

2
AMT REINFELD-LAND
KREIS STORMARN
(Stempel)

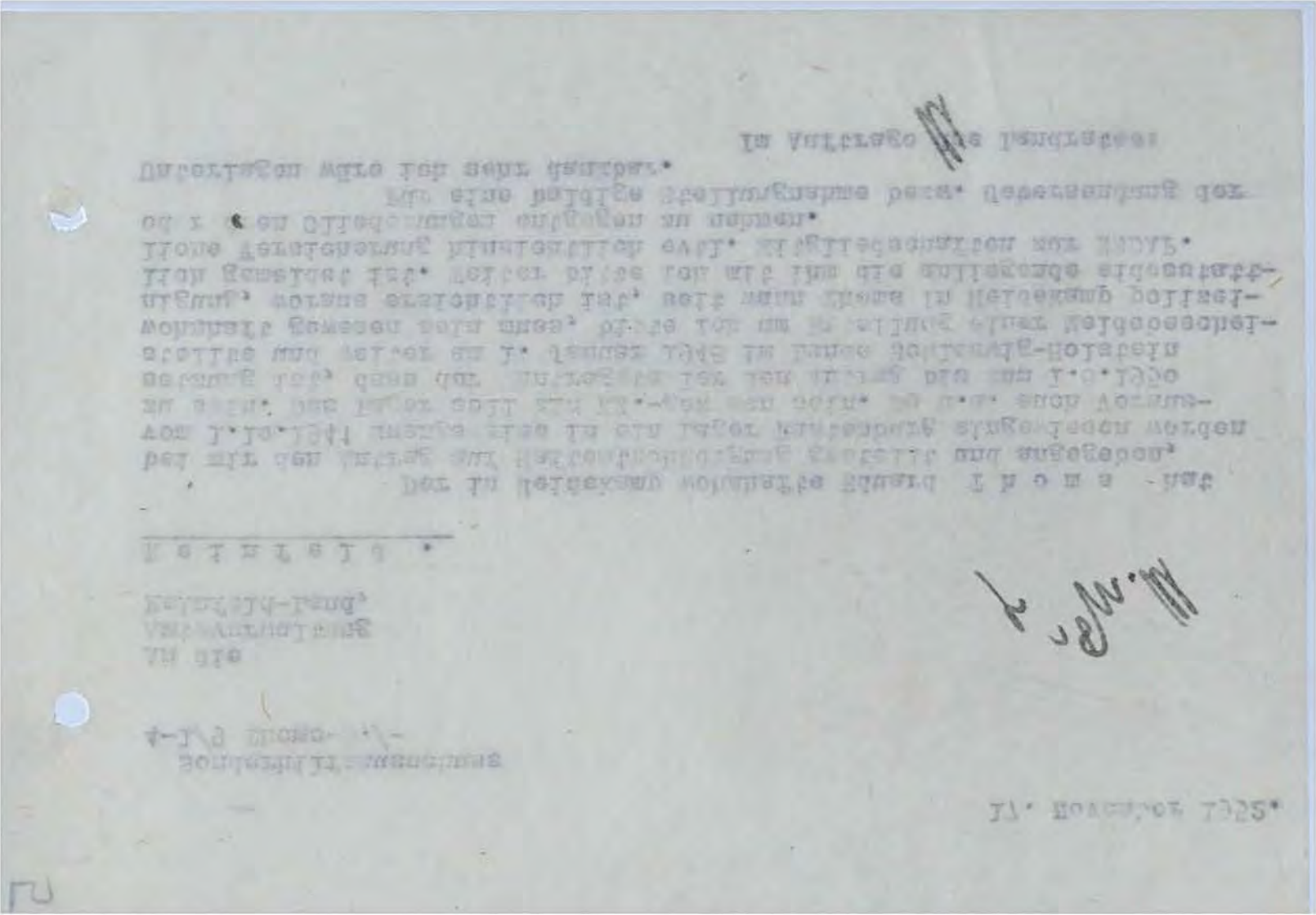
den 3. Dezemb 1952

Amtsverwaltung Reinfeld-Land
(Bezeichnung der Meldebehörde)


Im **Auftrage:**
[Signature]
Amtsangestellter (i. V.)

(Gebührenfrei)

Stat.-Nr. 1207 - Allgem. Aufenthaltsbescheinigung
Gemeindeverordr.-Verlag - 1/54920



7



KREIS STORMARN

Der Kreisausschuß

Sonderhilfsausschuß

G. Z. 4-1/9 Thoms-D./-

vorgel. 28. 11. 52 R

Bad Oldesloe, den 17. November 1952.

Fernruf Sammel-Nr. 151

Bank-Konto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse

Postscheck-Konto: Hamburg 13

Sprechstunden

Montags, mittwochs und freitags v. 8 - 12 Uhr

An die

Amtsverwaltung

Reinfeld-Land,

Reinfeld .

Amt Reinfeld-Land

Eing.: 28. NOV. 52

J. Nr.

Der in Heidekamp wohnhafte Eduard Thoms hat bei mir den Antrag auf Haftentschädigung gestellt und angegeben, vom 1.10.1941 zwangsweise in ein Lager Rastenburg eingewiesen worden zu sein. Das Lager soll ein KZ.-gewesen sein. Da u.a. auch Voraussetzung ist, dass der Antragsteller den Antrag bis zum 1.8.1950 stellte und weiter am 1. Januar 1948 im Lande Schleswig-Holstein wohnhaft gewesen sein muss, bitte ich um Erteilung einer Meldebescheinigung, woraus ersichtlich ist, seit wann Thoms in Heidekamp polizeilich gemeldet ist. Weiter bitte ich mit ihm die anliegende eidesstattliche Versicherung hinsichtlich evtl. Mitgliedschaften zur NSDAP. oder deren Gliederungen entgegen zu nehmen.

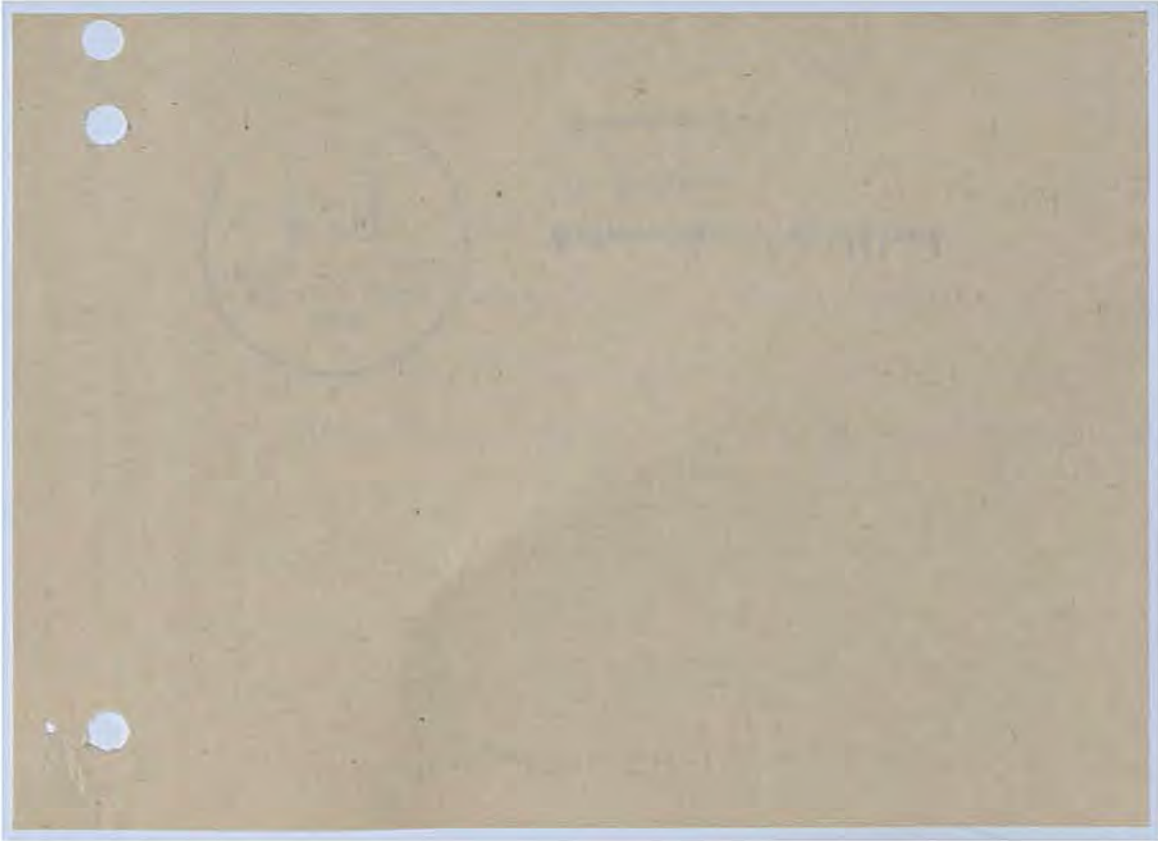
Für eine baldige Stellungnahme bzw. Übersendung der Unterlagen wäre ich sehr dankbar.

x) Straflager

Im Auftrage des Landrates:

Sachbearbeiter

E. Nimmergut, Bad Oldesloe 285

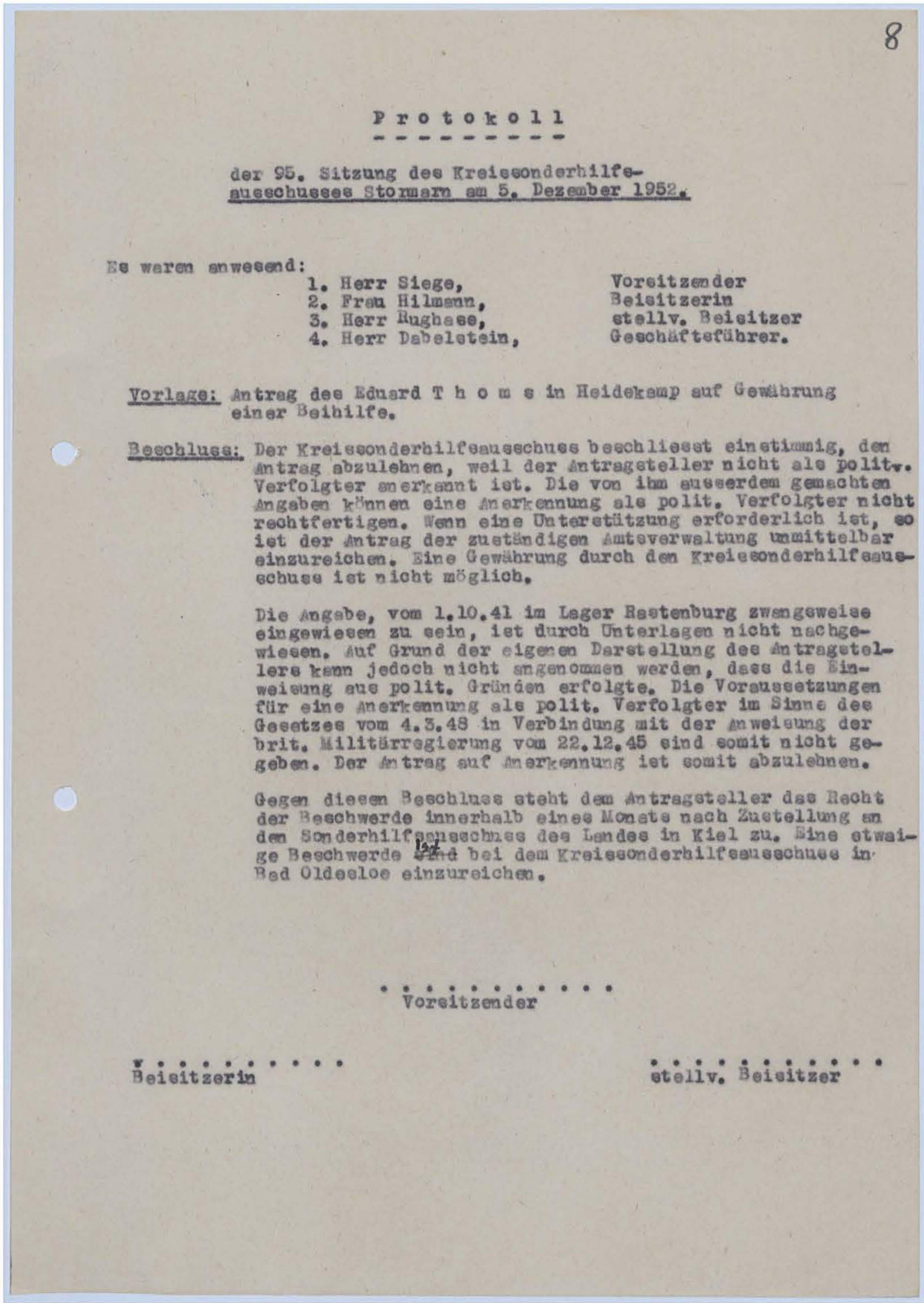
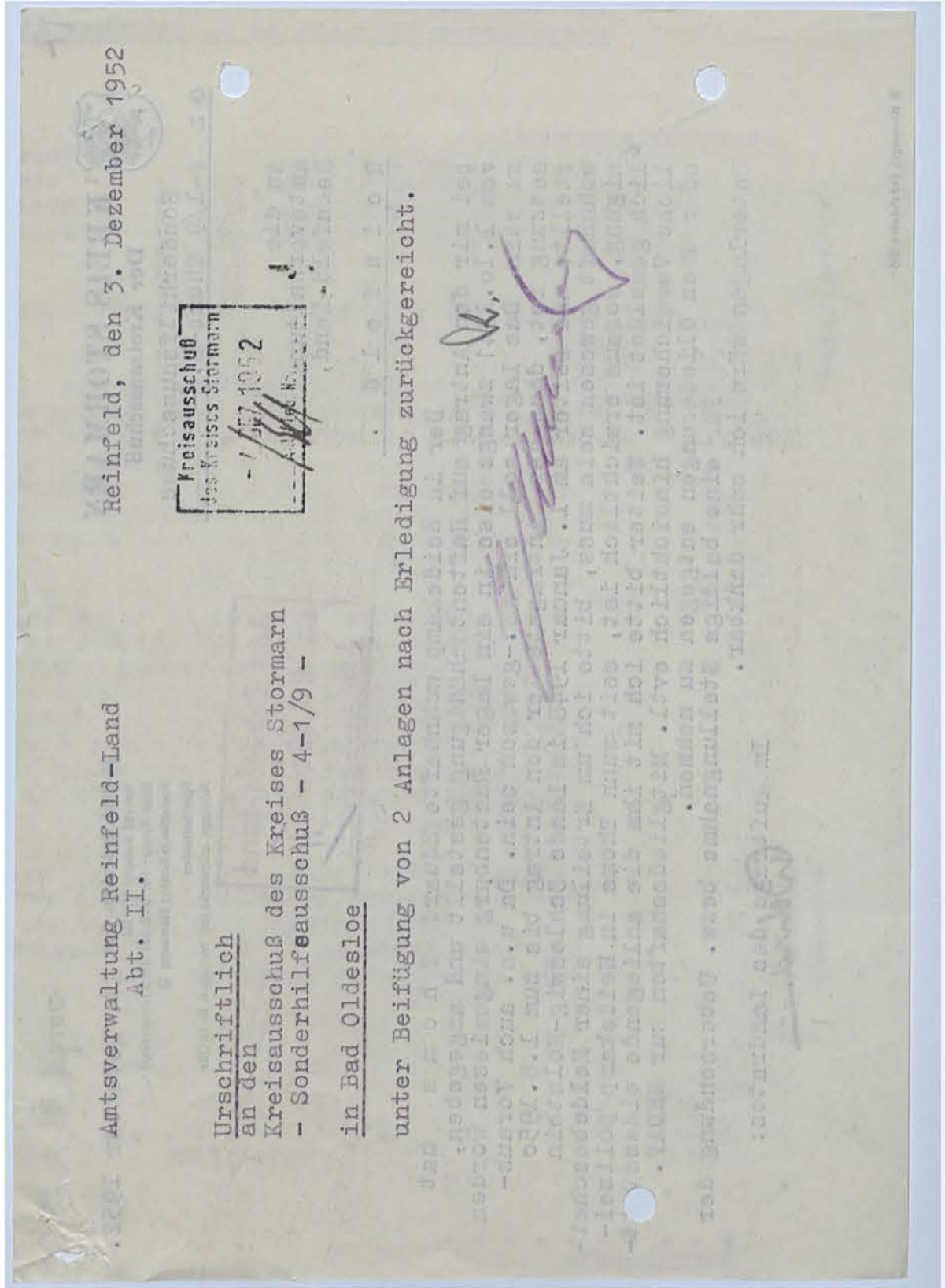


Kreisarchiv Stormarn B2



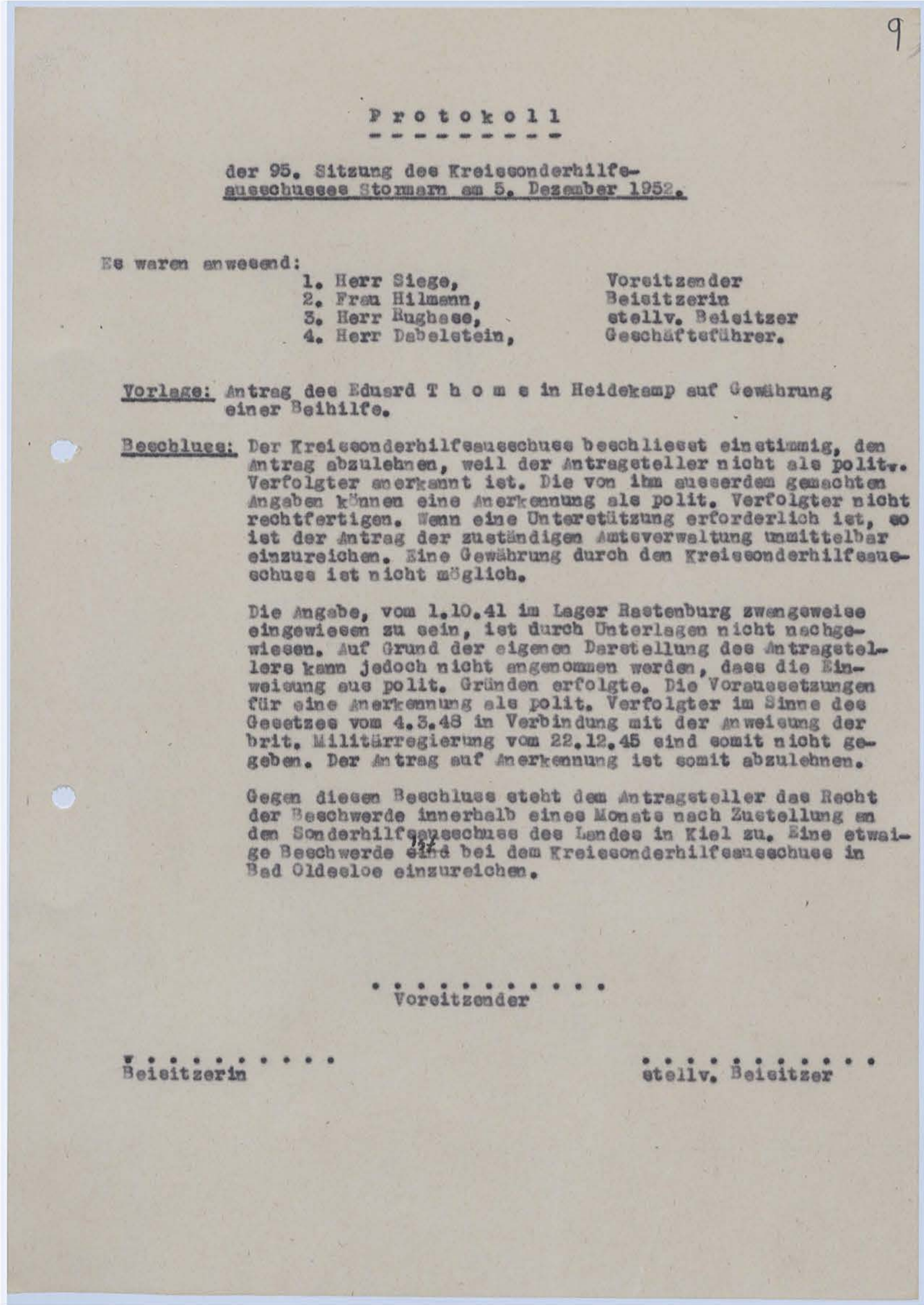
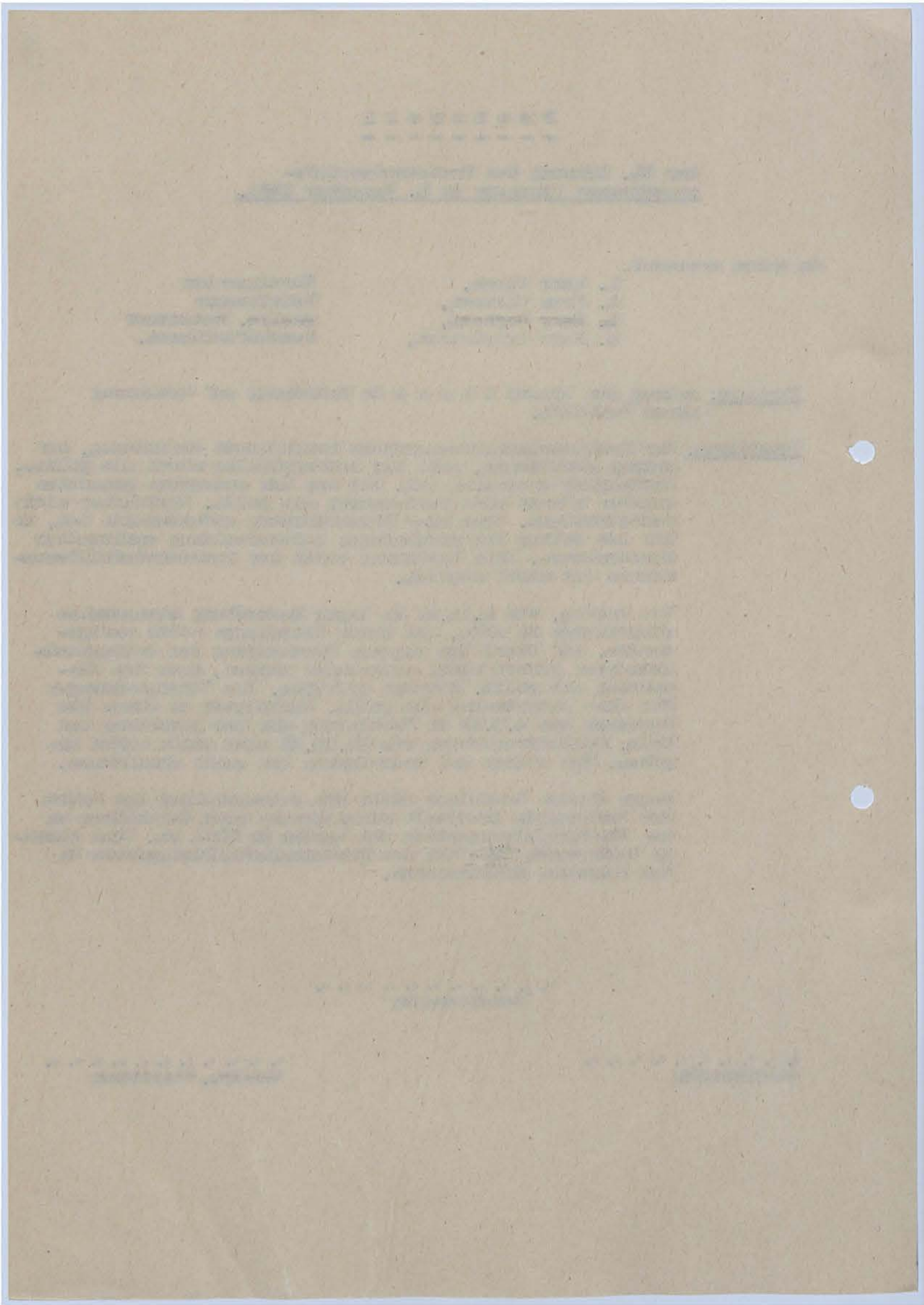


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Protokoll

der 95. Sitzung des Kreisanderhilfe-
ausschusses Stormarn am 5. Dezember 1952.

Es waren anwesend:

1. Herr Siege,
2. Frau Hilsmann,
3. Herr Rughase,
4. Herr Dabelestein,

Vorsitzender
Beisitzerin
stellv. Beisitzer
Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag des Edvard T h o m s in Heidekamp auf Gewährung
einer Beihilfe.

Beschluss: Der Kreisanderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den
Antrag abzulehnen, weil der Antragsteller nicht als polit.
Verfolgter anerkannt ist. Die von ihm ausserdem gemachten
Angaben können eine Anerkennung als polit. Verfolgter nicht
rechtfertigen. Wenn eine Unterstützung erforderlich ist, so
ist der Antrag der zuständigen Amtsverwaltung unmittelbar
einzureichen. Eine Gewährung durch den Kreisanderhilfeaus-
schuss ist nicht möglich.

Die Angabe, vom 1.10.41 im Lager Rastenburg zwangweise
eingewiesen zu sein, ist durch Unterlagen nicht nachge-
wiesen. Auf Grund der eigenen Darstellung des Antragstel-
lers kann jedoch nicht angenommen werden, dass die Ein-
weisung aus polit. Gründen erfolgte. Die Voraussetzungen
für eine Anerkennung als polit. Verfolgter im Sinne des
Gesetzes vom 4.3.48 in Verbindung mit der Anweisung der
brit. Militärregierung vom 22.12.45 sind somit nicht ge-
geben. Der Antrag auf Anerkennung ist somit abzulehnen.

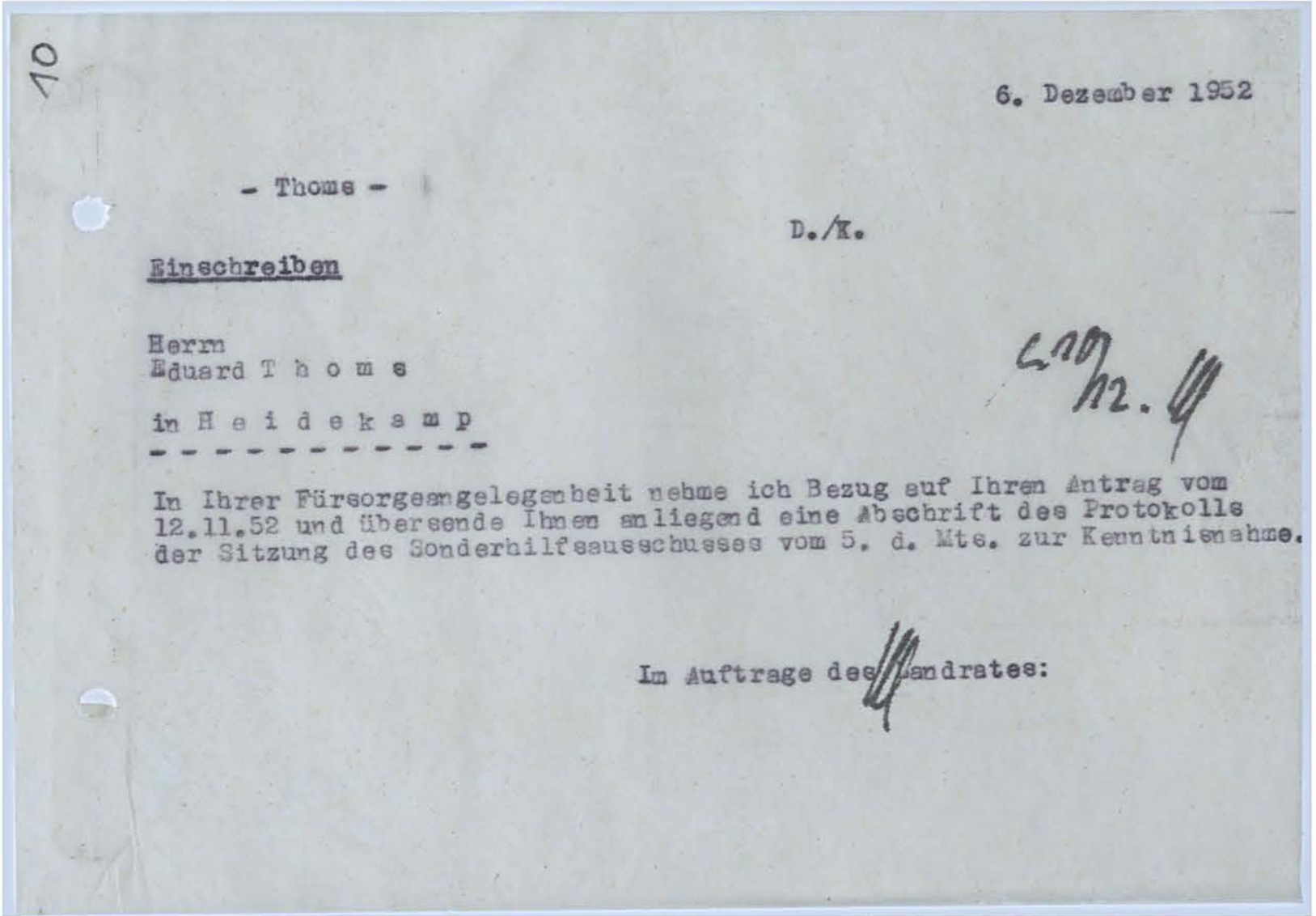
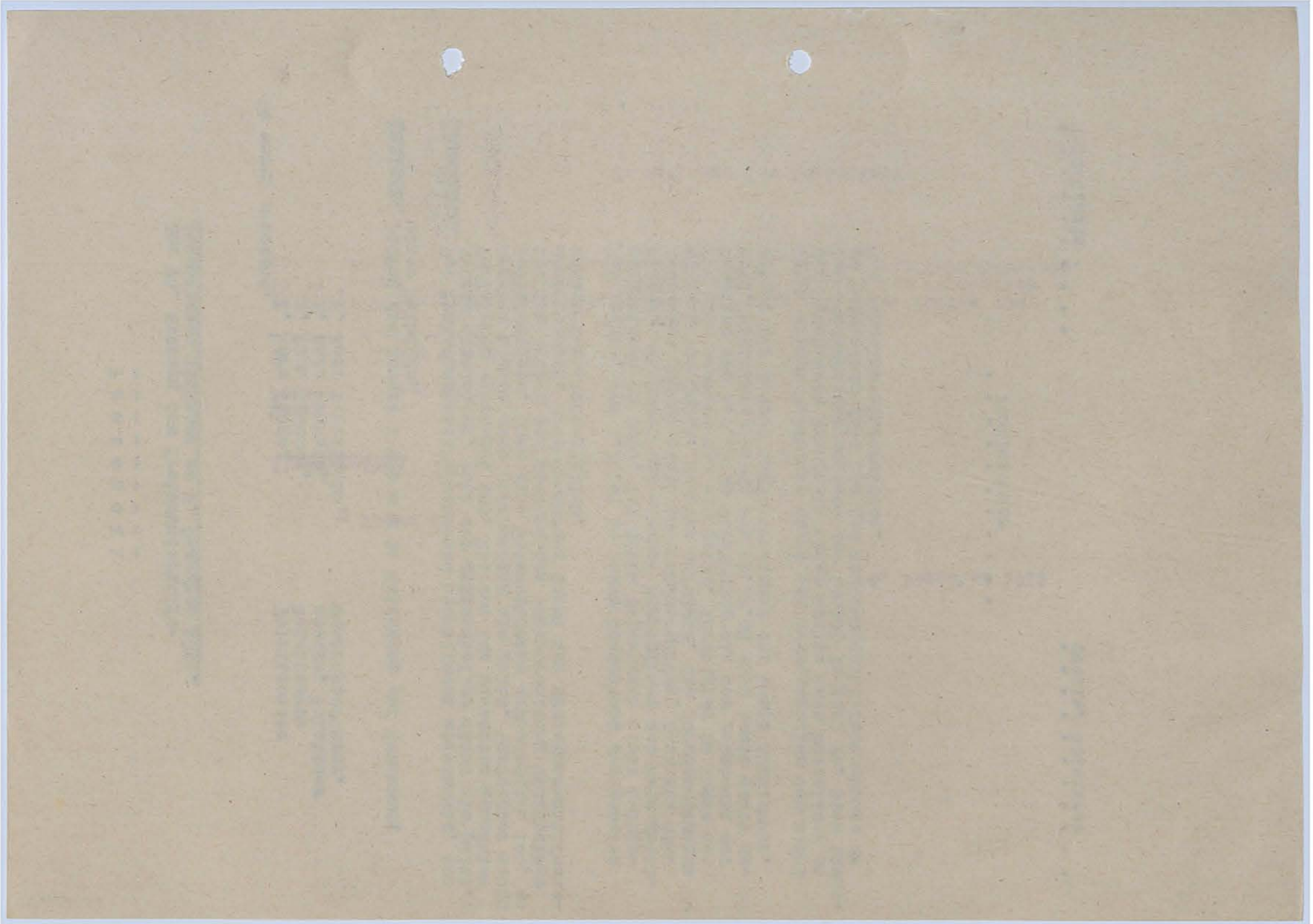
Gegen diesen Beschluss steht dem Antragsteller das Recht
der Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung an
den Sonderhilfeausschuss des Landes in Kiel zu. Eine etwai-
ge Beschwerde sind bei dem Kreisanderhilfeausschuss in
Bad Oldesloe einzureichen.

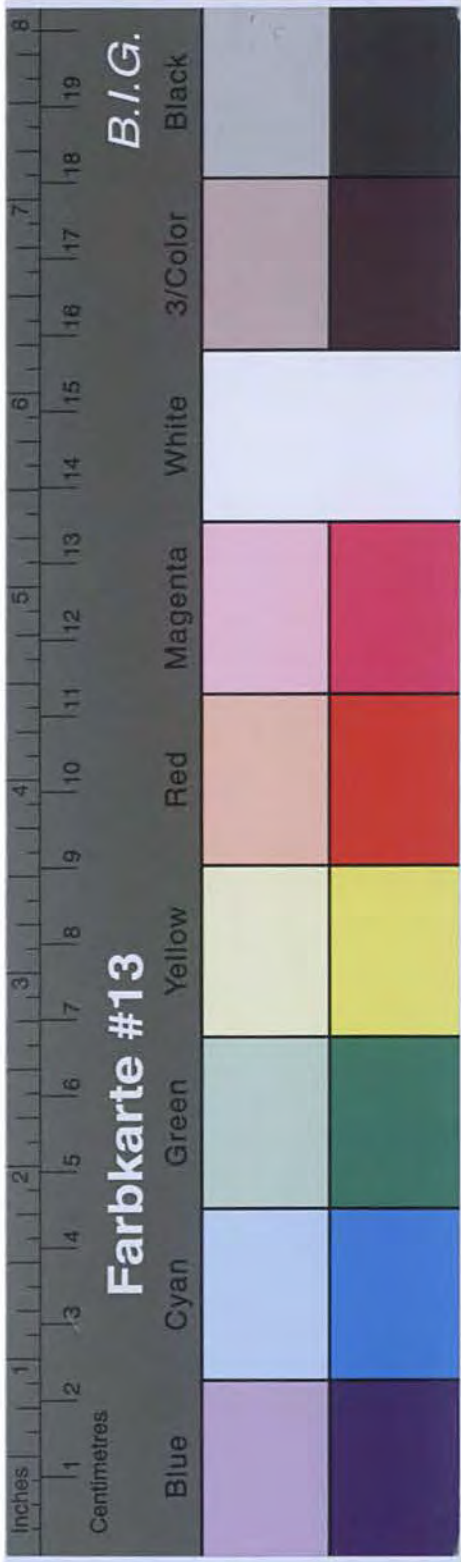
• • • • •
Vorsitzender

Beisitzerin • • • • •

stellv. Beisitzer • •

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

